

Setzt Belfast Europa in Flammen?

Belfast brennt, und in seiner Asche liegt genau die Frage, der sich Europa weiterhin entzieht: Wollen wir die Ursachen angehen, oder ziehen wir es vor, weiterhin Wache über dem Benzinkanister zu stehen?

16. Juni 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Nächte des Feuers

In Belfast spielt sich gerade etwas sehr Dramatisches ab, und es könnte der Funke sein, der ganz Europa in Flammen setzt.

Die nordirische Stadt erlebt ihre dunkelste Zeit seit dem Frieden, der auf das Karfreitagsabkommen folgte. Gruppen von Demonstranten, die meisten mit verummten Gesichtern, haben die Straßen mit brennenden Barrikaden blockiert, Autos, einen Bus und Häuser in Brand gesetzt und Polizisten mit Steinen beworfen. Die Bilder und Videos, die in den sozialen Medien kursieren, zeichnen das Bild einer Stadt, die in [Schrecken und Asche](#) versunken ist, wobei sich die Wut vor allem in den Vororten und unter den ganz Jungen konzentriert – Jugendlichen, die kaum in ihren Zwanzigern sind.

Der Vorfall, der die Proteste auslöste, war ein schweres Verbrechen, das sich in den nördlichen Stadtvierteln ereignete und schnell zum Symbol für soziale Spannungen wurde, die schon seit einiger Zeit schwelten. Nach einem Bericht von [Al Jazeera](#) handelt es sich bei dem Verdächtigen um einen 30-jährigen Sudanesen, der 2023 über Paris und Dublin nach Großbritannien eingereist war und über eine gültige Aufenthaltsgenehmigung als Flüchtling verfügt.

Er wurde wegen versuchten Mordes, des Mitführens einer Klingenswaffe und der Äußerung von Morddrohungen angeklagt; das Opfer, ein Mann in den Vierzigern, erlitt schwere Verletzungen im Gesicht und am Kopf und verlor auf einem Auge das Augenlicht. Der Polizeichef von Nordirland, Jon Boutcher, erklärte, der Angreifer sei den Strafverfolgungsbehörden bisher nicht bekannt gewesen und der Vorfall werde zum jetzigen Zeitpunkt nicht als terroristischer Akt eingestuft.

Der Wechsel von Kriminalitätsmeldungen zu Straßenprotesten erfolgte fast augenblicklich und spielte sich größtenteils online ab. Dies ist ein im Westen bereits bekanntes Muster und deutet auf etwas hin, das über eine „einfache“ Mobilisierung der Bevölkerung hinausgeht – aber darauf werden wir in ein paar Tagen noch eingehen.

Wie von [CBS News](#) dokumentiert, begann in geschlossenen Netzwerken wie WhatsApp eine Liste mit über zwei Dutzend Adressen zu kursieren, die als Wohnorte von Einwanderern und ihren Familien ausgegeben wurden; auf X erschien eine Liste mit Namen und Kontaktdaten von Anwälten und auf Einwanderungsrecht spezialisierten Kanzleien, verbunden mit einem Aufruf an „Patrioten“,

„alles zu tun, was sie für richtig halten“. Die Polizei bezeichnete die Verbreitung dieser Adressen als „völlig inakzeptabel“ und berichtete von verzweifelten Anrufen von Familien und Anwohnern.

Führungskräfte des nordirischen Gesundheitswesens berichteten, dass internationale Mitarbeiter zu verängstigt seien, um zur Arbeit zu gehen, und schilderten den Fall einer Krankenschwester, die auf ihrem Weg zum Ulster Hospital von maskierten Männern verfolgt wurde.

Auf politischer Ebene verurteilte die Erste Ministerin Michelle O’Neill die Ausschreitungen als „nichts als feige“, während die Abgeordnete Claire Hanna offen von einem „rassistisch motivierten Pogrom“ sprach, bei dem Gruppen maskierter Männer von Tür zu Tür nach Einwanderern suchten.

Auf der anderen Seite forderten populistische Rechtspolitiker wie Nigel Farage und Vertreter der Unionisten Klarheit über den Aufenthaltsstatus des Angreifers, während weltweit einflussreiche Persönlichkeiten, von Elon Musk bis Tommy Robinson, das Video teilten und zum Handeln aufriefen. Justizministerin Naomi Long fasste die Situation zusammen, indem sie „böswillige Akteure“ anprangerte, die vor den Unruhen „schwer getan hätten, Belfast auf einer Landkarte zu finden“, und die die Menschen absichtlich auf die Straße getrieben hätten.

Chaos, das noch mehr Chaos schürt

Es herrscht politisches Chaos. Keine nennenswerte Stellungnahme seitens der politischen Behörden, keine bedeutende Erklärung aus dem Buckingham-Palast, um nur ein Beispiel zu nennen, ebenso wie völliges Schweigen seitens der westlichen Nachrichtenagenturen, die weiterhin nichts zur Schwere der Geschehnisse sagen.

Es wäre zudem ein Fehler, Belfast als Einzelfall zu betrachten. Die Gewalt in Nordirland ist Teil einer Entwicklung, die sich über den gesamten britischen Archipel erstreckt: die Unruhen in Ballymena im Jahr 2025, die Unruhen im Sommer 2024 nach der Ermordung dreier junger Mädchen in der Nähe von Liverpool und, nur eine Woche vor den Ereignissen in Belfast, die Zusammenstöße in Southampton nach dem Mord an dem Studenten Henry Nowak. Amnesty International bezeichnete die vergangenen zwölf Monate als ein „beschämendes Jahr des Hasses“, in dem in Nordirland über zweitausend rassistisch motivierte Vorfälle registriert wurden – eine der höchsten Zahlen seit 2004.

Von der Presse befragte wissenschaftliche Beobachter erkennen eine doppelte Dynamik. Einerseits die Macht eines digitalen Ökosystems, das jede Nachricht in Echtzeit verstärkt und politisiert; andererseits ein spezifischer lokaler Kontext: Die Unruhen brechen in Gebieten aus, die von langjähriger wirtschaftlicher Benachteiligung, Arbeitslosigkeit und Marginalisierung geprägt sind – dort, wo die jungen Männer, die heute Steine werfen, in einer anderen Zeit das Rekrutierungspotenzial für paramilitärische Gruppen gewesen wären. Es ist die Verschmelzung lokaler historischer und ideologischer Prozesse mit der Politik der globalen radikalen Rechten, die das Phänomen explosiv macht und es weit über die Grenzen von Ulster hinaus trägt.

Und genau hier, wenn man so will, setzt die Analyse dort an, wo Nachrichtenberichte naturgemäß nicht bis zum Ende reichen. Die Schwierigkeit, die mit der Einwanderung verbundenen Widersprüche zu verstehen – und die Tatsache, dass ihre Last in erster Linie auf den Arbeiterklassen und der proletarisierten Mittelschicht lastet, den Verlierern der neoliberalen Globalisierung nach westlichem Vorbild –, führt dazu, dass wohlmeinender Progressivismus „Wache über dem Benzinka-

nister“ des liberalen bürgerlichen Staates hält und moralische Freibriefe verteilt, ohne das Wesen der in den Vororten wachsenden Verzweiflung zu begreifen.

Der Ausgangspunkt ist fast schon anthropologischer Natur. Die heutige Einwanderung ist weder eine natürliche, unvermeidbare Gegebenheit, die passiv hingenommen werden muss, noch ein Phänomen, das mit den saisonalen Wanderungen einer Herde in der Savanne oder einer Schar, die inneren Zyklen folgt, vergleichbar wäre. Die Menschheit hat den Nomadismus der Altsteinzeit mit der neolithischen Revolution vor etwa zehn- bis zwölftausend Jahren aufgegeben; in der Neuzeit haben Nationalstaaten selbst traditionellen Nomaden – Hirten, Jägern und Sammlern sowie heute Bevölkerungsgruppen wie den Roma und Sinti – im Interesse der Verwaltungskontrolle, der Besteuerung und der Integration nach und nach ein sesshaftes Leben aufgezwungen. Kurz gesagt: Der heutige Mensch ist sesshaft: Die Bewegung großer Menschenmassen ist niemals ein Naturphänomen, sondern stets das Ergebnis historischer und politischer Machtdynamiken.

Der liberale „Radical Chic“ – jener, der sich durch seine Stimme für die Liberalen oder die liberalsozialistische Partei einredet, dass „einander zu lieben“ ausreicht, damit sich alles von selbst regelt – ist genau das, weil ihm die bestehende Gesellschaftsordnung insgeheim ganz gut passt. Er stellt sich keine andere mögliche Welt vor, sondern begreift sie als identisch mit der Gegenwart, mit ein paar geringfügigen Anpassungen. Sie bezeichnen sich selbst als Revolutionäre ohne Revolution oder als Reformen ohne Reformen. Doch die Realität ist härter.

Wer vom Kolonialismus lebt, stirbt durch den Kolonialismus

Es muss gesagt werden, jenseits individueller Standpunkte: Masseneinwanderung ist ein Problem; sie ist sicherlich ein Erbe der kolonialen Vergangenheit des Westens, aber sie ist vor allem ein Produkt der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus im Globalen Süden. Der Mechanismus ist bekannt: Die Verschuldung der Entwicklungsländer durch neoliberale Logik – und regelrechte Wucherzinsen – zwingt diese Staaten – die oft von herrschenden Klassen regiert werden, die an westlichen Universitäten ausgebildet wurden und somit eine kolonialisierte Denkweise besitzen – dazu, massive Kredite beim IWF und der Weltbank aufzunehmen. Kredite, die mit hohen Zinsen zurückgezahlt werden müssen, deren Preis Privatisierung, der Abbau lokaler Sozialsysteme und zunehmende Verarmung ist.

Hinzu kommt die militärische Einmischung im Rahmen eines globalen Konflikts zur Aufrechterhaltung einer unipolaren Ordnung gegen das Aufkommen neuer geopolitischer Akteure. Die westliche Unterstützung für den Sturz patriotischer Regierungen in Afrika und im Nahen Osten seit 2003 hat ganze Regionen destabilisiert und unterwürfige Regierungen eingesetzt, wodurch die Migrationsströme entstanden sind, die heute an die europäischen Küsten drängen. Wir können diesen Massen – die nicht überwiegend aus Kriminellen bestehen – nicht die Früchte eines „Paradieses, das es nicht gibt“ versprechen, da gerade im Westen seit den 1980er Jahren die Rezepte der Deindustrialisierung, der Auslagerung in den Globalen Süden auf der Suche nach billigen Arbeitskräften, der Finanzialisierung der Wirtschaft und der Kürzungen bei den Sozialausgaben in die Praxis umgesetzt wurden.

Einwanderung ist ein kapitalistisches Phänomen. Das Problem auf eine ausschließlich ethnische, religiöse oder den „Deep State“ betreffende Frage zu reduzieren, ist ein methodischer Fehler mit enormen Konsequenzen. Was stattdessen erforderlich ist, ist eine strukturelle Umgestaltung der

Beziehungen zum Globalen Süden und zu all jenen Ländern, zu denen seit Jahrhunderten ein Verhältnis der Unterordnung und Abhängigkeit besteht.

Das Phänomen der Migration muss als eine Frage der globalen Sicherheit und des globalen Gleichgewichts behandelt werden, was – solange die EU besteht – eine gemeinsame Strategie aller ihrer Mitglieder erfordert, wobei es zunächst dringend notwendig ist, die Migrationsströme auf die bestmögliche Weise zu regulieren, und zwar durch eine ernsthafte Planungspolitik, anstatt zwischen rhetorischen Öffnungen und propagandistischen Abschottungen hin und her zu schwanken.

Es gibt wahrscheinlich nur einen strukturellen Weg: direkte Investitionen in die Herkunftsländer dieser Migrationsströme im Rahmen von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit, die mit den lokalen Regierungen vereinbart werden. Wirtschaftshilfe und gemeinsame Entwicklung sind auch heute noch das einzige grundlegende Instrument, um Migration zu steuern und die „Flucht vor der Hoffnungslosigkeit“ einzudämmen. Es ist kein Zufall, dass dies der Ansatz ist, den Xi Jinpings Volksrepublik China auf dem afrikanischen Kontinent verfolgt – ein Ansatz, den niemand als „fremdenfeindlich“ zu bezeichnen wagt. Es ist schlichtweg politischer Menschenverstand.

In der Zwischenzeit müssen den Bürgern – und vor allem denjenigen, die sich integrieren und das Gesetz achten – ernsthafte Sicherheitsgarantien in ihren Stadtvierteln gegeben werden, eben jenen Stadtvierteln, die die neoliberale Logik angesichts von Kürzungen bei den Sicherheitskräften und dem Verfall der Städte sich selbst überlässt. Aus all dem muss die „politische Korrektheit“ wie eine gefährliche Krankheit ausgerottet werden, denn gerade im Namen dieser Ideologisierung sind wir zu einer verkommenen Migrationspolitik gelangt, für die wir nun die Konsequenzen tragen.

Die vorgetäuschte Integrationspolitik der „radikal-schicken“ Linken und die fremdenfeindliche Propaganda der Rechten – ob sie nun an der Regierung sind oder nicht, was in manchen Fällen an Anstiftung zu einem ethnischen Bürgerkrieg grenzt – sind zwei Seiten derselben Medaille: Keine von beiden greift auf die strukturelle Ebene zu; beide kratzen lediglich an der Oberfläche, am Überbau, und lassen dabei den wirtschaftlichen Mechanismus unberührt, der an der Quelle sowohl die Migrationsströme als auch die Verzweiflung derer hervorbringt, die sie in Arbeitervierteln erdulden müssen.

Vielleicht ist dies eine zu „marxistische“ Lesart, werden manche sagen, oder vielleicht ist es einfach ein Versuch, ein Phänomen tiefgreifend zu verstehen, das der gesamten Menschheit gehört und das schon immer – nicht erst in den letzten Jahrzehnten – gleichzeitig als Vorteil und als Problem erlebt wurde.

Belfast brennt, und in seiner Asche liegt genau die Frage, der sich Europa weiterhin entzieht: Wollen wir die Ursachen angehen, oder ziehen wir es vor, weiterhin Wache über dem Benzin-kanister zu stehen?